



GeoDACH Vertretung deutschsprachiger Geographie-
studierender e.V.

Geschäftsadresse

Wertmannstraße, 4

c/o Universität Freiburg, Fachschaft Geographie

79098 Freiburg im Breisgau

Potsdam, 15.05.2016

Stellungnahme zur Exzellenzinitiative

GeoDACH, die Vertretung deutschsprachiger Geographiestudierender, spricht sich **für eine Erhaltung von hochqualitativer Forschung und Lehre** aus. Grundlage ist ein Beschluss der Mitgliederversammlung auf der Bundesfachschaftentagung vom 15.05.2016.

Als Vertretung aller deutschsprachigen Geographie-Studierenden hält GeoDACH die Vielfalt der Hochschullandschaft zur Erhaltung von hochqualitativer Forschung und Lehre für unbedingt notwendig. Diese sieht der Dachverband in Deutschland durch die Exzellenzinitiative in ihrer aktuellen Umsetzung aus verschiedenen Gründen gefährdet.

Die Vielfalt der Hochschullandschaft zeichnet sich sowohl durch ein breites wissenschaftliches Spektrum der Fachbereiche und eine inhaltliche Tiefe, als auch durch eine ausgeglichene räumliche Verteilung aus. Diese sieht GeoDACH in der punktuellen Förderung einzelner Standorte mit bereits bestehender hoher Reputation nicht gegeben.

GeoDACH befürchtet eine Strahlungswirkung der Exzellenzinitiative auf nicht am Programm beteiligte Hochschulen. Gleichwertige Hochschulbildung wird hierbei durch fokussierte Investitionen in ohnehin regional vernetzte Standorte beeinträchtigt.

Weiterhin spielt die regionale Lage der Hochschulen eine tragende Rolle in Bezug auf Kooperationsmöglichkeiten mit Wirtschaftsunternehmen und Forschungsinstituten. Hierdurch verstärken die Ziele der Exzellenzinitiative räumliche Disparitäten.

Der Dachverband befürwortet grundsätzlich Investitionen des Bundes in Forschung und Bildung. Jedoch müssen diese auf einer soliden Grundfinanzierung der Hochschulen aufbauen. Die universitäre Grundfinanzierung ist derzeit in unzureichendem Maße gegeben, was eine finanzielle Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln hervorruft. GeoDACH befürchtet eine wachsende Ungleichverteilung dieser und eine Einschränkung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre.